

Susanne Elsen • Günther Reifer • Andreas Wild • Evelyn Oberleiter (Hrsg.)

Die Kunst_{des} Wandels

Ansätze für die ökosoziale Transformation



Inhaltsverzeichnis

Vorwort von <i>Susanne Elsen und Günther Reifer</i>	7
Die Reale Utopie der ökosozialen Transformation	11
Globale Herausforderungen und Antworten	13
<i>Jakob von Uexküll</i>	
Gesellschaft an der Wachstumswende	23
Vom Wachstumsdogma zur Postwachstumsökonomie	25
<i>Niko Paech</i>	
Die Wachstumsrücknahme	45
<i>Maurizio Pallante</i>	
Wohlstand nach der Wachstumswende	61
Lebensqualität in einer Gesellschaft jenseits des Wachstumszwangs	63
<i>Angelika Zahrt</i>	
Wohlstand oder Wachstum? Begründungen für eine Postwachstumsökonomie	73
<i>Hans Holzinger</i>	
Skizze einer Gemeinwohl-Modellregion	105
<i>Christian Felber</i>	
Die Vision einer neuen Gesellschaft	123
<i>Evelyn Oberleiter und Günther Reifer</i>	
Cradle to Cradle®-Design für Qualität und Sicherheit von Produkten und Prozessen	133
<i>Michael Braungart</i>	

Bankgeheimnis Geldschöpfung <i>Bernd Senf</i>	137
Gesellschaftliche Einbettung Eine Wirtschaft für Kulturen des Glücks <i>Helena Norberg-Hodge</i>	159 161
Gemeinwesen, Gemeingüter und ökosoziale Wende <i>Susanne Elsen</i>	175
Die Zukunft des sozialen Idealismus: Postmaterialismus oder Metamaterialismus? <i>Roland Benedikter</i>	191
Herausforderungen und Potenziale für die Südtiroler Landwirtschaft <i>Thomas Streifeneder</i>	211
Lernen für nachhaltige Entwicklung Kreiskultur und Kommunikation: Grundform nachhaltiger Sozial- strukturen und Organisationsformen <i>Vivan Dittmar</i>	223 225
Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eröffnet Räume <i>Ute Stoltenberg</i>	241
Kompetenzentwicklung im Wandel <i>Thomas Michael Haug</i>	257
Die Kunst des Wandels – ein Nachwort <i>Jürg Minsch</i>	279

Globale Herausforderungen und Antworten

Von Jakob von Uexküll

»Der Kapitalismus in der bisherigen Form passt nicht länger zu unserer Welt«, meinte der Gründer des World Economic Forum Klaus Schwab beim diesjährigen Davos-Gipfel, und das »Wirtschaftsblatt« titelte dazu »Das World Economic Forum spielt mit Endzeitromantik«.

Wer glaubt, in den asiatischen Schwellenländern sieht man das anders, wird dort bald eines Besseren belehrt. Hier zum Beispiel einige Zitate aus Leitartikeln und Kommentaren in den großen Tageszeitungen in den Arabischen Emiraten in den letzten Monaten: »Der neue Kapitalismus (hat) ein instabiles und ausbeuterisches System geschaffen, das gefährlicher ist denn je zuvor [...] Die ganze Welt hat plötzlich verstanden, dass das Finanzkapital sich zusammengeschlossen hat, um sie in die Armut zu treiben und ihre Ersparnisse zu konfiszieren [...] Es gibt mehrere Industrien, die Umweltschäden verursachen, die größer sind als die Summe ihrer Gehälter und Profite.« (›Gulf News«, Dubai)

Die »National«-Zeitung in Abu Dhabi meint, westliche wirtschaftliche und finanzielle ›best practices‹ hätten in der Golf-Region nur ›trouble‹ verursacht, und gibt sogar einem Kommentator aus Hongkong (!) das Wort, der fordert, wirtschaftliche Aktivitäten müssten jetzt der Bewahrung von Ressourcen nachgeordnet werden, denn »Autobesitz ist kein Menschenrecht«!

Solche Parolen und Forderungen hatte ich eher bei der ›Occupy‹-Bewegung erwartet. Aber als ich kürzlich bei ›Occupy‹ London sprach, erklärte mein viel beklatschter Vorredner, hauptschuldig an der Krise seien nicht die Märkte, sondern die Regierungen, und gab mir sein Buch, herausgegeben vom neo-liberalen Adam-Smith-Institute!

Diese Beispiele zeigen, dass alte politische Unterscheidungen in der beispiellosen heutigen Situation praktisch irrelevant geworden sind.

In den USA kommen die schärfsten Kritiker des Finanz-Kapitals jetzt von rechts. Sie sehen in Wall Street und Regierung eine unheilige Allianz gegen Bürger und kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Sie fragen, wieso Länder, wo die Finanzmärkte von Staatsgarantien am Leben gehalten werden – und gleichzeitig Regierungen, die ihre Existenz garantieren, vor sich hertreiben – noch als Marktwirtschaften bezeichnet werden.

Haben wir es also nicht eher mit Korporatismus zu tun, mit einem System privatisierter Macht, welches US-Präsident F. D. Roosevelt in einer ähnlichen Situation in den 30er-Jahren als faschistisch bezeichnete?

Ein US-Journalist fragte mich kürzlich, ob ich heute auch diesen Begriff verwenden würde. Ich habe das abgelehnt, da dies irreführende Assoziationen wecken würde. Aber die Parallelen sind nicht zu übersehen, zum Beispiel

- der zunehmende Vertrauensverlust in nationale demokratische Institutionen und auch in den Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit
- die schon jetzt wachsende Fremdenfeindlichkeit, die auf die kommenden unaufhaltbaren Ströme von Umweltflüchtlingen völlig unvorbereitet ist
- die steigende Massenarbeitslosigkeit besonders unter jungen Männern, die fast immer Vorbote von schweren sozialen Zusammenbrüchen war.

In den USA, hieß es kürzlich in der ›Financial Times‹, sei das Vertrauen in das demokratische System fast völlig verschwunden. In Europa fielen die Zahlen, die die Einführung einer Mehr-Parteien-Demokratie guthießen, zwischen 1991 und 2011 in der Ukraine von 91 Prozent auf 35 Prozent, aber auch im EU-Mitglied Litauen von 75 Prozent auf 52 Prozent (›The Economist‹).

Die wichtigste Antwort auf diese Herausforderungen ist daher die Notwendigkeit, uns stärker politisch und öffentlich zu engagieren. Wir brauchen nicht noch mehr lebenslange Berufspolitiker, sondern Menschen, die in die Politik gehen und wieder hinaus in andere Lebensbereiche, die lernen, wie Politik funktioniert, das Vertrauen in politische Lösungen wieder stärken. Denn es gibt keinen schnelleren Weg, Veränderungen zu erreichen, als durch bindende Gesetze.

Im alten Griechenland wurde der öffentlich/politisch engagierte Bürger ein ›Polites‹ genannt. Wer dieses Engagement verweigerte wurde als ›Idiotes‹ bezeichnet! Demokratie und Politik funktionieren nur, wenn wir nicht nur Rechte einfordern, sondern auch bereit sind, Pflichten und Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Der weitverbreitete anti-politische Zynismus ist die größte Denk-Blockade, die Lösungen verhindert.

Wir brauchen Regeln und Gesetze, das heißt ordnende Rahmenbedingungen, die die richtigen Anreize schaffen und ermöglichen, dass Unternehmertum, Erfindungsreichtum und gesellschaftliches Engagement sich so schnell wie menschlich und technisch möglich in eine nachhaltige Richtung fortentwickeln. Wie Martin Luther King sagte, bewegen Gesetze nicht das Herz, aber sie begrenzen die Macht der Herzlosen! Neo-liberale Ideologen behaupten, dass der

Markt Herausforderungen besser löst, je weniger Staat es gibt. Ich frage diese Herren immer, warum sie dann nicht in Somalia investieren, wo es praktisch keine Regierungsmacht oder Gesetze gibt ...

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung bietet Herausforderungen und Diskussionsstoff genug. Leider ist sie nicht die größte Bedrohung unserer gemeinsamen Zukunft. Denn sogar die Folgen eines Staatsbankrotts sind bald überwunden, wie viele historische Beispiele zeigen. Aber die Folgen eines Umweltbankrotts können Jahrtausende und länger nachwirken. Über finanzielle Schulden kann man verhandeln: sie können umgeschuldet, vergeben, gestundet werden. Mit schmelzenden Gletschern und sich ausbreitenden Wüsten kann man nicht verhandeln. Die Natur liefert keine Rettungspakete.

Diese Risiko- und Gefahrenhierarchien werden oft nicht verstanden, denn unsere Regierungen werden von Ideologen beraten, die tatsächlich glauben, dass man Geld essen kann.

Dies ist kein Witz, sondern schockierende Realität. Führende angelsächsische Ökonomen wie William Nordhaus und der Nobelpreisträger Thomas Schelling schreiben, der Klimawandel würde ja nur den Agrarsektor schwer treffen und dieser mache in Industriestaaten wie den USA nur ca. 3 Prozent der Wirtschaftsleistung (›Gross Domestic Product‹) aus. Auch ein 50-prozentiger Zusammenbruch würde daher das Wirtschaftswachstum nur um ca. 1,5 Prozent senken, was andere Sektoren bald wieder ausgleichen würden. Das heißt, die Berater, auf die unsere Politiker noch immer hören, glauben tatsächlich, dass es nebensächlich ist, wenn die Lebensmittelproduktion einbricht, solange wir genug Finanzderivate und i-Pods produzieren!

Der in der Medien gefeierte ›Klima-Skeptiker‹ Bjørn Lomborg meint, Bangladesch werde zwar eines Tages von den steigenden Fluten überschwemmt. Aber da das ›Wachstum‹ weitergeht, werde es bis dahin so reich sein wie die Niederlande und sich die nötigen Schutzwälle leisten können ...

Aber das wachsende Klima-Chaos ist kein isoliertes ›Happening‹. Es wird, wenn wir es nicht so schnell und stark wie möglich begrenzen, zum Zusammenbruch von Produktion und Zivilisation führen. Es bedroht noch nicht die Erde, wohl aber unsere Erde, d.h. fast alles, was wir erreicht haben und noch erreichen wollen, wie zum Beispiel das Ende des Hungers und materiellen Elends.

Diese sehr unangenehme Wahrheit ist seit Jahrzehnten bekannt, aber verdrängt.

Der US-Ökonom und Träger des Alternativen Nobelpreises Professor Herman Daly sagt, die wirtschaftliche Globalisierung sei der letzte Versuch, natürlichen Grenzen noch einmal zu entkommen, indem man in den ökologischen und ökonomischen Raum anderer Länder hineinwächst. Das Ergebnis ist, dass jetzt das ›global peak everything‹ droht, das heißt, alle Grenzen werden gleichzeitig global auf verschiedenen Gebieten erreicht.

Die Tatsache, dass wir in der Vergangenheit einige Grenzen überwinden konnten, heißt nicht, dass das immer möglich ist. Naturwissenschaftler bezeichnen diesen Irrtum als »den Fehler des erfolgreichen ersten Schrittes«.

Sogar das Pentagon erwartet jetzt eine globale Energie-Krise bis 2015, denn unser Wohlstand baut nicht auf Energie per se, sondern auf billiger Energie, und die gibt es nicht mehr. Und dazu kommen Wasserkrisen, bedrohte Fischbestände, steigende ›Lebensmittelknappheiten‹ unter anderem durch schwindende Phosphat-Vorräte, Artensterben und so weiter.

Chandran Nair schreibt in seinem aktuellen Buch »Consumptionomics – Asia’s Role in Reshaping Capitalism and Saving the Planet« (Nair, 2011), das Prinzip der Risiko-Minimierung müsste jetzt Vorrang haben. Das derzeitige Wirtschaftsmodell, welches Kosten für Um- und Nachwelt weitgehend ignoriert und externalisiert, hat einer globalen Minderheit mit Zugang zu weltweiten Ressourcen materiellen Wohlstand gebracht. Aber es kann im dicht besiedelten Asien heute nicht mehr funktionieren, weil die Kosten schnell untragbar werden. In einer zerstörten Umwelt wächst auch kein Lebensstandard.

Daher muss das Sparen und Bewahren von Natur-Ressourcen jetzt priorisiert werden. Das asiatische Wohlstands- und Wachstumsmodell kann nicht das westliche sein, wenn es nicht seine eigene Überlebens-Basis zerstören will.

Für immer mehr Menschen sind die menschlichen, sozialen und ökologischen Kosten der Marktherrschaft schon jetzt zu hoch geworden. Sie wollen nicht zurück zur staatlichen Planwirtschaft, obwohl auch dies inzwischen fraglicher wird. Laut der schon erwähnten Umfrage in ›The Economist‹ befürworteten 1991 in der Ukraine 52 Prozent und in Litauen 75 Prozent den Wechsel zu Marktwirtschaft, aber 2011 nur noch 34 Prozent beziehungsweise 45 Prozent. Die meisten Menschen haben andere Ziele und Werte als die des globalen Konsumenten. Eine nachhaltige Wirtschaft muss darauf reagieren können.

Nachhaltig wirtschaften heißt nicht nur Ökodesign, Ökointelligenz und Abfallvermeidung, sondern der Umbau unserer gesamten Produktion und Konsumtion.

Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Edzard Reuter, sagte 2010 in einem Interview: »Denken Sie daran, dass wir eine ganze Generation, wenn nicht zwei Generationen von jungen Menschen auf unseren Hochschulen, Fachhochschulen, Universitäten und Businesssschulen zu der Überzeugung erzogen haben: Ellbogen raus, bereichert euch – das ist das Beste, was ihr für die Menschheit tun könnt. Milton Friedman, der Wirtschaftsnobelpreisträger, einer der großen Gurus dieser Philosophie, sagte einmal diesen wunderbaren Satz: Die soziale Verantwortung eines Wirtschaftsunternehmens sei es, seine Gewinne zu steigern. In dieser Mentalität haben wir junge Menschen erzogen. Heute stehen diese Menschen in Führungsverantwortung und es wird sich als sehr schwierig erweisen, ihnen klarzumachen, dass es sich bei dieser Philosophie um eine Gaukelei sondergleichen gehandelt hat, der wir aufgefressen sind.«

Aber wenn der Kuchen nicht mehr wächst, wird auch die Frage der gerechten und fairen Güterverteilung wieder aktuell. In der britischen Marine verdient der Admiral das 7-Fache des Matrosen. Warum sollen in der Londoner City nicht ähnliche Kriterien gelten?

Damit nachhaltig planende Unternehmer Wettbewerbsfähigkeit erlangen und bewahren können, bedarf es eines unterstützenden rechtlichen Ordnungsrahmens. Nur in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Ordnungsrahmen kann ein nachhaltiger Wettbewerb auf Dauer bestehen. Natürlich gibt es viele Ideen und Menschen, die unter den bestehenden Bedingungen etwas bewegen. Der Hamburger Professor Michael Braungart zeigt mit seinem Konzept ›Cradle to Cradle‹, dass man schon unter den heutigen Rahmenbedingungen viel positiv verändern und trotzdem als Unternehmer überleben und profitieren kann. Aber wenn die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass nachhaltiges Wirtschaften, besonders in Bezug auf Energie- und Ressourcen-Einsatz, noch mit deutlich höheren Kosten verbunden ist als nicht nachhaltiges Wirtschaften, wird auch das engagierteste Unternehmen dauerhaft im Wettbewerb keine Chance haben. Hier sind wir auf den Staat angewiesen, der – für alle Marktteilnehmer gleich – die entsprechenden Rahmenbedingungen setzt, damit die politisch als ungewünscht eingeschätzten Kosten, die durch nicht nachhaltiges Wirtschaften entstehen, vermieden werden!

Dazu müsste die Externalisierung von Kosten in die verbotenen Wettbewerbshandlungen der Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb aufgenommen werden. Sie sollten bestimmen, dass auch derjenige unlauter handelt, der durch Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft sich Vorteile gegenüber nachhaltiger wirtschaftenden Mitbewerbern verschafft.

Denn diese Gesetze sollen ja verhindern, dass Unternehmen Kunden durch bloß vorgespiegelte eigene Leistungen für sich gewinnen. Ein durch Schädigung von Gemeingütern erreichter Preis- oder Qualitätsvorsprung ist in diesem Sinn nicht weniger unlauter als zum Beispiel die Täuschung durch irreführende Werbung oder Ausnutzung von Unerfahrenheit. Wenn Externalisierung als unlauter gilt, können externalisierende Unternehmen verklagt werden, weil sie den Kunden vorspiegeln, dass der dadurch erlangte Vorsprung (niedrigere Preise, aufwendigere Ausstattung) auf besserer Marktleistung beruht. Raubbau an Gemeingütern darf keinesfalls weiter als Marktleistung gewertet werden!

Flankierend sollten Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die einander eine Internalisierung bestimmter von ihnen bisher abgewalzter Kosten zusichern, vom Kartellverbot ausgenommen werden. Gesetze gegen Wettbewerbsbeschränkungen sollen ja Kartelle verbieten, die eine Ausschaltung des Wettbewerbs bewirken. Verabredungen zur Verbesserung der Produktivität beziehungsweise des Angebots sind vom Kartellverbot ausgenommen. Die Ausnahme muss auch für Verabredungen zwischen Unternehmen eingeführt werden, die externalisierte Kosten künftig selbst tragen wollen. Dies alles wird nicht leicht sein, denn diese